

Der Brief aus Brüssel

RUDOLF RECHSTEINER*

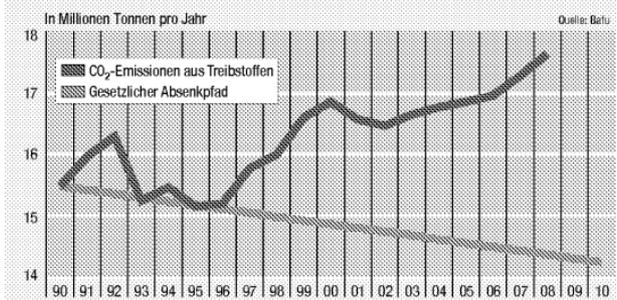


Souverän ist, wer etwas kann. Über der Sache steht. Die Aufgabe beherrscht. Die Schweiz ist seit 1848 souverän. Ihre Gründer verteidigten sich gegen autoritäre Nachbarn. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit hiess: allgemeines Wahlrecht (nur für Männer), Gewaltenteilung, Aufnahme von Flüchtlingen. Dann folgte der wirtschaftliche Aufschwung: Eisenbahnen, Chemie, Elektrifizierung. Und nun? Die Souveränität ist uns wert und teuer. Die Schweiz macht nirgends mit, einfach so. Will jedes Abkommen gründlich prüfen. Klingt vernünftig. Tatsache ist: Brüssel ist immer voraus. Seine Entscheide bringen uns oft in Verzug. Denn das, worauf wir so sehr Wert legen – Vernehmlassungen, Stellungnahmen, Referendum mit Veto-recht – findet in Brüssel statt, ohne uns. Wird die Schweiz zur Abschlusszeremonie solcher Einigungen eingeladen, ist das Menü immer schon bestellt, die Tafelrunde oft schon am Essen. Friss, Schweiz, oder stirb, sagt Brüssel. Und: gegessen wird, was auf den Tisch kommt! Die Schweiz isst dann meistens mit, oft widerwillig, und nicht ohne übers Menü zu maulen. Ein Beispiel ist die Energie- und Klimapolitik. Die EU hat nach langer Beratung im Dezember 2008 ihre CO₂-Ziele für 2020 verabschiedet. Die fortschrittlichsten der Welt, kann man sagen: um 20 Prozent CO₂, Verdopplung der erneuerbaren Energien,

mehr Energieeffizienz. Die EU macht ernst. Die Schweiz zögert. Für den Bundesrat sind die erneuerbaren Energien nur ein Appetizer für neue Atomkraftwerke. Seine CO₂-Politik ist anämisch. Zwanzig Jahre mussten wir warten, bis auf Heizöl eine Abgabe von sage und schreibe neun Rappen pro Liter eingeführt wird. Im Verkehr laufen die Emissionen aus dem Ruder.

HEILIGE KUH. Eine CO₂-Abgabe auf Benzin hat der Bundesrat nie beantragt; diese wäre laut Gesetz aber Pflicht. Am stärksten dagegen wehren sich jene, die sich für besonders souverän halten: die SVP und die FDP. Ihnen ist das Auto die heiligste Kuh, und Brüssel weit weg. Zudem entlasten die deutschen Automobilisten unseren Staatshaushalt in Milliardenhöhe, wenn sie bei uns tanken. Schweizer Benzin ist eben 50 Rappen billiger.

CO₂-AUSSTOSS: WEIT ENTFERMT VOM ZIEL



Ansteigend. Seit Jahren nimmt der CO₂-Ausstoss in der Schweiz zu.

Die Folge ist ökologischer Schlendrian. Nirgends in Europa sind die Autos durstiger und klimaschädlicher als bei uns. Und weil wir angeblich so schwere CO₂-Karossen «brauchen», können

In vielen Bereichen rutscht die Schweiz in den Status einer EU-Kolonie. Souverän ist das nicht.

wir nun die EU-Normen (130 g CO₂/Kilometer) nicht erfüllen, fand der Nationalrat. Früher nutzte die Schweiz ihre Souveränität für mutige Taten. 1986 erklärte sie als erstes Land Europas den Katalysator für obligatorisch. Dann kamen die strengen Vorschriften gegen Stickoxide. Schweizer Low-Nox-Öfen

eroberten den EU-Markt. Von solchen Ambitionen fehlt heute jede Spur. Der Tanktourismus ist nicht untypisch. Ökodomping auf Kosten der Nachbarn. Das ist Gift für die internationalen Beziehungen. Und auf die Dauer kein nachhaltiges Geschäftsmodell für ein Land, das über die Hälfte seiner Produktionsleistung im Ausland verkauft. Die EU reagiert auf solche Extrawürste zunehmend allergisch.

VERHANDELN. Der Brief aus Brüssel ist inzwischen eingetroffen. Von wenigen Tagen hat der Bundesrat berichtet: Erneuerbare Energien, CO₂-Reduktionen und Energieeffizienz seien «vom bisherigen Verhandlungsmandat der Schweiz nicht erfasst, bilden aber die Grundlage für die weiteren Verhandlungen mit der EU», heisst es diplomatisch. Im Klartext: Brüssel will die Energie- und Klimapolitik auf dem Verhandlungstisch, sonst kann die Schweiz ihre Stromexporte vergessen. Zwei Milliarden Netto-Einnahmen stehen auf dem Spiel. C'est à prendre ou à laisser. Uns bleibt immer häufiger nur diese Wahl. Auf dem Papier sind wir souverän, wollen in Brüssel auf keinen Fall mitreden. In vielen Rechtsbereichen rutschen wir faktisch in den Status einer EU-Kolonie. Die Höhe unserer CO₂-Reduktionen hat Brüssel längst festgesetzt. Der Schweizer Nachvollzug mit den EU-Mitgliedstaaten ist eine Frage der Zeit. Souverän ist das nicht. Für Umweltbewusste bleibt ein Hoffnungsschimmer. * Rudolf Rechsteiner (1958) ist Ökonom und war Nationalrat (BS, SP) von 1995 bis 2010.